

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto:  
Gebr. Arnhold, Dresden  
und Sachs. Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Postgebühren mit den wöchentlichen Beilagen  
„Nach der Arbeit“ und „Volk und Welt“ für einen halben Monat 1 M.  
Einschubnummer 10 Pf.

Schreibleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261, Sprech-  
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10,  
Fernsprecher Nr. 25261, Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareilzeile  
30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,80 M., für auswärtige An-  
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche  
40 Pf. Rabatt. Für Briefbelegung 10 Pf.

Nr. 87

Dresden, Mittwoch den 15. April 1925

36. Jahrg.

## Republikanische Kundgebung in Königsberg

## Taktische Probleme

Königsberg, 14. April. (Fig. Draht.) Die Anwesenheit des republikanischen Volksblockkandidaten Wilhelm Marx in Königsberg gestaltete sich zu einer gemaltigen Kundgebung für die deutsche Republik, wie sie Königsberg noch nicht erlebt hat. Schon am Vortage hatten sich zur Begrüßung gewaltige Menschenmassen eingefunden. Der Bahnhof und die umliegenden Straßen zeigten ein beängstigendes Gedränge. Auf dem Bahnhof waren die Spitzen der preussischen Regierungsbehörden, die Vertreter der Presse und der Parteien zur ersten Begrüßung erschienen. Das Reichsbanner war fast vollständig aufmarschiert. Neben den Hauptern der Ehrenkompanien hallten Töne von schwarz-rot-goldenen Fahnen. Als dann gegen 7 1/2 Uhr der Zug einlief und Marx auf der Straße trat, wurde er mit einem wellenartigen „Drei Heil!“ empfangen. Marx dankte in bewegten Worten für die überaus herzliche Begrüßung in der allen Krankegärtinnen Königsbergs. Er legte in seinen Dankworten noch ein besonderes Augenmerk auf die Republik und die Farben Schwarz-Rot-Gold als deutsche Vaterland und die Republik aus. Reichsbannertrüge und die Vertreter des Volksblocks geleiteten den Kandidaten zum dem bereitstehenden Auto, das sich unter schmetternder Musik durch die jubelnde Menschenmasse nur mühsam den Weg zur Stadthalle bahnen konnte. Dort, wo Marx sprechen wollte, waren unerschöpfliche Menschenmassen versammelt. Der große Stadthausplatz war schon vor Beginn überfüllt. Mindestens 10.000 Wähler versammelten sich zum Eingang zu finden. Deshalb mußten vor der Stadthalle und dem Gebäude parallel verlaufende Gänge abgegrenzt werden, in denen Marx kurze Ansprachen hielt. Vor der Stadthalle wurde der Massenansturm geradezu unerschöpflich. Schupo und Reichsbannerorden hatten alle Hände voll zu tun, die Menge in Ordnung zu halten. Von Reichsbannertrügem wurde nichts bekannt gemacht. Die ungeschworenen und begeisterten Teilnehmer der Kundgebung an der Wahlerversammlung des Volksblocks und die eindrucksvollen Demonstrationen für Marx und für die Republik lassen für den Wahlsonntag die Kandidaten des republikanischen Kandidaten in günstigster Weise erscheinen.

Außenpolitik sich als erfolgreich für unsere nationalen und wirtschaftlichen Aufstieg bewährt.  
Die sicherste Gewähr für eine regelmäßige und gesunde Fortentwicklung im Innern ist eine gesicherte Verfassung als Grundlage staatlicher Ordnung. Das deutsche Volk hat sich in Weimar die Verfassung gegeben, die sein nationales Leben zu erhalten und zu fördern soll. An ihr muß jeder Deutsche, der sein Vaterland liebt, festhalten und für sie sich mit der ganzen Kraft einsetzen. Der geschlossene Norden ist, wie wir wissen, ein Einfluß zu schämen, die Verfassung gegen jeden Angriff zu verteidigen, hat auch die Parteien, die seit 1919 unentwegt zur Verfassung gestanden und auf ihr aufgebaut haben, im Vollbringtes Behalten an den Grundstücken der Weimarer Verfassung, das ist das harte Band, das diese Parteien zusammenhält. Das deutsche Volk wird wohl daran tun, gerade diese Parteien stark und geschlossen zu erhalten, weil nur auf einer gesicherten Verfassung ein starkes nationales Leben aufblühen kann.

Bei der Entscheidung der Sozialdemokratischen Partei über ihre Stellung zur Präsidentenwahl am 26. April spielte das taktische Problem eine Rolle, das seit Kriegsende die sozialistischen Parteien vieler Länder so hart beschäftigt hat, nämlich die Frage, wie weit sozialistische Parteien mit bürgerlichen Parteien zusammenwirken sollen. Früher konnten in den meisten Staaten die sozialistischen Parteien nichts anderes als Oppositionsparteien sein. Das hat sich jetzt infolge der Erstarkung der Arbeiterklasse und der politischen Umwälzungen geändert, aber die sozialistischen Parteien sind in den parlamentarisch regierten Ländern noch nicht in die Lage gekommen, fremde Hilfe geleistete Regierungen zu bilden. Man hat vielfach zwischen Staats- und Klassenpolitik zu unterscheiden gesucht, eine wenig glückliche Gegenüberstellung. Wären sich die Theoretiker darüber streiten, ob in einer sozialistischen Gesellschaft noch von einem Staat geredet werden könnte, oder ob der Staat abtritt, wenn jede Klassenherrschaft beseitigt ist — Übereinstimmung besteht darüber, daß das Proletariat suchen muß, die Anwendung der Machtmittel des heutigen Staates in seinem Interesse zu beeinflussen. Nur über die Methoden, die dabei anzuwenden sind, bestehen Meinungsverschiedenheiten.

Niemand wird die Weimarer Verfassung als so vollkommen betrachten, daß sie nicht in einzelnen Punkten verbesserungsbedürftig erscheint. Aber an diese Verbesserungsarbeit wollen wir erst herangehen, wenn wir unser Haus geordnet haben und unsere politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse mehr gefestigt und bruchlos sind. Noch sind wir nicht soweit, und gerade diese Parteien stark und geschlossen zu erhalten, weil nur auf einer gesicherten Verfassung ein starkes nationales Leben aufblühen kann.

Die sozialdemokratischen Parteien können ihren Einfluß sowohl dadurch geltend machen, daß sie eine scharfe Oppositionspartei einnehmen, als auch dadurch, daß sie an einer Regierung teilnehmen oder eine bürgerliche Regierung unterstützen, die ihnen gegenüber einer sonst zu erwartenden anders zusammengesetzten Regierung als das kleinere Übel erscheint. Unter Umständen wird es möglich sein, wenn einer solchen Regierung bestimmte Bedingungen gestellt werden, dadurch einzelne sozialistische Forderungen durchzusetzen. Bei der direkten Beteiligung an der Regierung hat die proletarische Partei einen unmittelbaren Einfluß auf die staatlichen Machtmittel, allerdings ohne diese nach Belieben gebrauchten zu können, sie muß ihren Einfluß mit den bürgerlichen Parteien teilen, unter Umständen auf Bedingungen eingehen, die sie zum Verzicht auf die Erfüllung bestimmter sozialistischer Forderungen zwingen. Eine solche Teilnahme an der Regierung ist stets eine Belastung für eine sozialistische Partei und wird damit auch zu einer Gefahr. Die Partei trägt in den Augen der Massen die Verantwortung für die Fährten der Regierungsgeschäfte, kann aber oft ihren Willen nicht durchsetzen. Die Folge kann leicht sein, daß besonders die politisch weniger geschulten Wähler, die die Zusammenhänge nicht übersehen können, auf die es aber bei den Wahlen ankommt, an der Partei irre werden.

Die Last der schwächeren Schultern  
Es ist nicht zu leugnen, daß die Leistungen der Trugschlüssigkeit des einzelnen angemessen sein. Dem Reichspräsidenten steht ein direkter Einfluß auf die Gesetzgebung nur in besonderen Fällen zu. Aufgabe und Pflicht aber ist es, seinen Einfluß auf die Gesetzgebung im Sinne seines Eides mittelbar auszuüben. Im Vordergrund des Interesses steht in weiten Volksteilen die Frage der Aufwertung. Der Staat hat die Verpflichtung, hier so weit als möglich in möglichst gleichmäßig zu wirken und die entstehenden Schäden zu heilen.

Andererseits braucht eine starke sozialistische Partei, wenn sie sich in der Opposition befindet, nicht einflusslos zu sein. Die regierenden Parteien werden auf die Opposition Rücksicht nehmen müssen, wenn sie ihr nicht allzuviel Material zur Kritik geben und ihr große Teile der Wähler zustreben wollen. Die Geschäfte der parlamentarischen Länder zeigt immer wieder, daß einer Partei das Verhalten in Opposition oft sehr gut bekommt, da sie in der Oppositionstellung häufig die Kräfte in gesteigertem Umfang wiedergewinnt, die sie während einer Regierungsperiode verloren hat. Für eine sozialistische Partei kann eine Oppositionsperiode eine solche Stärkung bringen, daß sie nach einiger Zeit ohne fremde Hilfe die Regierungsgewalt ergreifen kann. Sowohl die Beteiligung an der Regierung wie das Verbleiben in der Opposition können je nach den Umständen dem Proletariat Nutzen oder Schaden bringen.

Zur Verteidigung der Republik bereit sein.  
Leider gibt es noch viele, die mit dem Volksstaat, wie ihn sich das deutsche Volk geschaffen hat, nicht zufrieden sind. Wenn man in der Verlegenheit mit geeigneten Männern auch nicht mehr recht wieder von der Wiederherführung der Monarchie zu sprechen mag, so ist das Verbot doch schwer, der deutschen Republik ihren demokratischen Charakter zu nehmen. In schön und lebhaft sind noch die Lehren der früheren Zeiten, wo die Macht und die Herrschaft nur bei wenigen war und die Massen der Schaden des deutschen Volkes abzumenden — wie es nach der Verfassung Pflicht des Reichspräsidenten ist —, heißt auch, Sorge zu sein, daß die Geistes des Reiches von wahrhaft sozialer Seite durchdringt und getragen sind. Zeit je war es ein Aufbruch der deutschen Gesetzgebung, daß sie in sozialer Beziehung bahnbrechend und vorbildlich in der Welt dastand. Vornehmliche Aufgabe muß es auch in Zukunft sein, daran festzuhalten und weiterzubauen. Auch Steuern und Finanzgesetze müssen von echt sozialem Geiste getragen sein.

Es gibt heute in der Sozialdemokratie wohl auch kaum jemand, der die eine oder andere Methode grundsätzlich ausschließen will. Meinungsverschiedenheiten bestehen nur darüber, wie weit man bei der Anwendung der Methoden gehen soll. Ein Zusammenwirken sozialistischer und bürgerlicher Parteien haben wir heute in Schweden und Dänemark, wo sozialistische Regierungen von bürgerlichen Parteien unterstützt werden. Ebenso lagen die Verhältnisse in England in der Zeit der Regierung Macdonald und vorübergehend auch in Sachsen zur Zeit des Kabinetts Hellwig. In Frankreich unterstützten die Sozialdemokraten eine bürgerliche Regierung. In Desterreich hingegen steht eine starke sozialistische Partei in Opposition zur Regierung und ist dabei zweifellos nicht schlecht gefahren.

Die Senator Robert Sorrenti nach dem Tode bezufen. Dieser hat jedoch bereits die Erklärung abgegeben, daß er einen Auftrag zur Bildung der Regierung zurückweisen werde.  
An politischen Kreisen nimmt man an, daß der Präsident der Republik in der Erkenntnis, daß nur ein Reichsministerium in der Sorrenti erneut an Painlevé werden wird. Im Lager der sozialistischen Parteien ist man bemüht, diesen zur Lebensnahme der Wirtschaft auch die Sozialisten an einem Kabinett Painlevé aktiv beteiligen würden. Neben die Lebensdauer eines Ministeriums Painlevé ist man sich allerdings in allen Lagern ziemlich einig: Es würde kaum länger Bestand haben, als bis zu den Kommunalwahlen Anfang Mai. Deren Ausfall wird seit die endgültige Lösung der Krise bringen. Fallen die Gemeindevorstände ausfallen der Wahlen aus, so wird man mit einer Wiederbelebung des Ministeriums Sorrenti, vielleicht unter aktiver Beteiligung der Sozialisten, zu rechnen haben, im anderen Falle aber mit einem Kabinett Briand ohne Beteiligung der Sozialisten.

Wäre es für die deutsche Sozialdemokratie nicht zweckmäßig, allenthalben, nicht nur im Reich, sondern auch in den Einzelstaaten, dem österreichischen Beispiele zu folgen und auf jedes taktische Zusammenwirken mit bürgerlichen Parteien zu verzichten? Dabei darf man aber die Unterschiede zwischen Deutschland und Oesterreich nicht übersehen. In Oesterreich steht die Sozialdemokratie im wesentlichen einer einzigen bürgerlichen Partei gegenüber, in Deutschland haben wir es mit einer Vielfalt bürgerlicher Parteien zu tun, zwischen denen starke Gegenläge bestehen. Vielleicht wird die Sozialdemokratie es nicht verhindern können, daß einmal diese Parteien eine geschlossene Front gegen das Proletariat bilden. Aber es ist die Frage, ob es richtig wäre, wenn die Sozialdemokratie durch die Ablehnung eines jeden Zusammengehens mit bürgerlichen Parteien selbst die Bildung einer solchen bürgerlichen Einheitsfront herbeiführen würde. Dazu kommt, daß den linksbürgerlichen Parteien, besonders dem

Painlevé versucht die Kabinettsbildung  
P. Paris, 15. April. (Eigenes Funkgespräch.) Der Präsident der Republik hat nach der endgültigen Ablehnung Briands erneut Bildung zu überdenken, unter ausbrechlichem Hinweis darauf, daß alle von ihm befragten Persönlichkeiten Painlevé als den einzigen Politiker bezeichnen würden, der in der Lage sei, die vorerhaltenen, erklärte aber, daß er verstanden wolle, an der Lösung der Krise nach besten Kräften mitzuarbeiten. Er hat versucht, ein Kabinett mit Renault zu bilden, in dem Herriot das Auswärtige Amt übernehmen soll. Herriot soll jedoch aus persönlichen Gründen abgelehnt und erklärt haben, daß er nach der Abstimmung im Senat es vorziehe, sich ausschließlich jeder politischen Tätigkeit zu enthalten.

## Frankreich Keine sozialistische Teilnahme an der Regierung Briand

P. Paris, 11. April. (Fig. Draht.) Der Nationalrat der sozialistischen Partei ist am Dienstag unter Vorsitz von Combarres-Morell zusammengetreten. Auf Vorschlag des Genossen Leon Blum wurde beschlossen, sofort und ohne vorherige Diskussion über die von Briand angebotene Teilnahme an dem Ministerium abzusprechen. Wie zu erwarten war, hat sich der Nationalrat einstimmig gegen die aktive Beteiligung an einem Ministerium Briand ausgesprochen. Dieser Entschluß hat jedoch keineswegs grundsätzliche Bedeutung. Das geht schon daraus hervor, daß der Nationalrat erst dann in die Debatte über die prinzipielle Frage der Beteiligung der sozialistischen Partei an der Regierung eingetreten ist. Eine endgültige Entscheidung ist wahrscheinlich erst im Laufe des Mittwochs zu erwarten. Es gilt als keineswegs ausgeschlossen, daß der Nationalrat sich angesichts der augenblicklichen Lage unter gewissen Voraussetzungen für einen Eintritt von Sozialisten in ein Ministerium, das durch seine Zusammensetzung die erforderlichen Garantien für eine wirklich sozial und demokratisch eingestellte Politik bietet, entscheiden wird.

Briand tritt darauf zurück  
P. Paris, 14. April. (Eigenes Funkgespräch.) Briand hat nach dem ablehnenden Beschlusse des Nationalrates der Sozialistischen Partei den Auftrag zur Bildung des Kabinetts am Dienstag abgelehnt. Der Präsident der Republik hat daraufhin